Der US-Journalist Chris Hedges sieht nach der höchstrichterlichen Abweisung seiner Klage gegen die polizeilichen Befugnisse des US-Militärs die USA auf dem Weg in den Faschismus.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 085/14 – 14.05.14

Die postkonstitutionelle Ära

Die Verfassung der USA ist außer Kraft gesetzt

Von Chris Hedges
truthdig, 04.05.14
(http://www.truthdig.com/report/item/the_post-constitutional_era_20140504

Die Weigerung des U.S. Supreme Court (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Oberster_Gerichtshof_der_Vereinigten_Staaten) unsere Klage zu verhandeln, die gegen die Section 1021(b)(2) des National Defense Authorization Act / NDAA (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/National_Defense_Authorization_Act_for_Fiscal_Year_2012) gerichtet war, bedeutet, dass diese Section Gesetzeskraft behält; sie erlaubt es dem Militär, US-Bürger festzunehmen und ohne Prozess unbegrenzt in Militärgefängnisse einzusperren. Die Abweisung der Klage bedeutet gleichzeitig, dass die Verfassung der USA nicht mehr gilt. Das bedeutet auch, dass es künftig legal ist, wenn die US-Regierung auf dem Territorium der USA Bürger der USA ohne richterliche Anordnung unbegrenzt festsetzen lässt. Das bedeutet außerdem, dass jetzt auch die Judikative (die Justiz mit all ihren Gerichten) – wie vorher schon die Legislative (die aus dem Repräsentantenhaus und dem Senat des US-Kongresses besteht) und die Exekutive (also die US-Regierung mit allen ihr unterstehenden Behörden) – ausschließlich den Konzernen dient; diese Aufhebung der Gewaltenteilung ist das wichtigste Kennzeichen des Faschismus. Das bedeutet auch, dass der interne staatliche Mechanismus (das demokratische Zusammenspiel der drei Staatsgewalten) so korrumpiert ist und so sehr von den Konzernen manipuliert wird, dass die Hoffnung, die US-Bürger könnten sich ihre durch die Verfassung garantierten Rechte durch Reformen zurückholen, aufgegeben werden muss. Das bedeutet auch, dass das (angebliche) Einverständnis der Regierten (mit der Regierung), das nach einer Umfrage von OpenCongress.com bei 98 Prozent der Befragten nicht mehr vorhanden ist, nur noch für schlechte Witze taugt. Das bedeutet auch, dass wir – wenn wir unsere Freiheit nicht ganz verlieren wollen – schnell militante Massenbewegungen aufbauen müssen, um die Tyrannei der Konzerne zu brechen und die Scheinherrschaft der beiden Parteien zu beseitigen, weil die eigentliche Herrschaft von den Konzernherren ausgeübt wird.

"Durch die Abweisung der Hedges-Klage gegen Obama und die Ablehnung der Überprüfung des NDAA hat der Supreme Court die bisherige Rechtsprechung seit dem Bürgerkrieg verworfen; in der herrschte nämlich Übereinstimmung darin, dass die US-Streitkräfte in den USA selbst keine Polizeiaufgaben wahrnehmen dürfen," erklärte Rechtsanwalt Carl Mayer, der zusammen mit Bruce Afran unzählige unbezahlte Arbeitsstunden in die Klage investiert hat. Das ist ein Anschlag auf die Bürgerrechte. Er gibt dem Militär grünes Licht, Menschen ohne Gerichtsverfahren oder rechtlichen Beistand in Militärgefängnisse einzusperren, sogar in Geheimgefängnisse im Ausland. In Kriegszeiten können Anordnungen des Präsidenten künftig kaum noch von der Justiz überprüft werden.

Afran, Mayer und ich hatten die Klage im Januar 2012 beim U.S. Southern District Court in New York eingereicht. Später haben sich noch Noam Chomsky, Daniel Ellsberg, die Jornalistin Alexa O'Brien [weitere Informationen zu ihr sind aufzurufen unter http://www.truth-

dig.com/report/item/truthdigger_of_the_week_alexa_obrien_20130223], Tangerine Bolen, die Gründerin von RevolutionTruth [s. http://revolutiontruth.org/], Birgitta Jonsdottir, eine Abgeordnete des isländischen Parlaments [s. http://de.wikipedia.org/wiki/Birgitta_J%C3%B3nsd%C3%B3ttir], und Kai Wargalla, ein Aktivist von Occupy London [s. http://www.theguardian.com/open-weekend/kai-wargalla], der Klage angeschlossen.

Noch im Jahr 2012 erklärte die Distriktrichterin Katherine B. Forrest die Section 1021(b)(2) für verfassungswidrig. Die Obama-Administration ging nicht nur in Berufung – was wir erwartet hatten – sie verlangte auch, dass ihr verfassungswidriges Gesetz bis zur endgültigen Entscheidung weiter Gültigkeit behalten sollte. Richterin Forrest bewies den gleichen Mut, den sie schon mit ihrem Urteil gezeigt hatte, und lehnte diese Forderung ab.

Sofort reichte die US-Regierung beim U.S. Court of Appeals for the 2nd Circuit (weitere Infos dazu unter http://en.wikipedia.org/wiki/United_States_Court_of_Appeals_for_the_Second_Circuit) eine Unterlassungsklage ein; unter Berufung auf die nationale Sicherheit wollte sie damit die Rechtskraft des District Court-Urteils bis zur Entscheidung über ihre Berufung aussetzen. Die Klage der Regierung hatte Erfolg. Die gesetzliche Regelung (aus dem NDAA), gegen die ich geklagt hatte, blieb in Kraft. Meine Rechtsanwälte und ich vermuteten, dass das geschah, weil die Regierung unter Berufung auf das umstrittene Gesetz bereits US-Bürger in Geheimgefängnissen festhielt; dabei handelte es sich wahrscheinlich um US-Bürger mit doppelter Staatsbürgerschaft, die aus Ländern wie Pakistan, Afghanistan, Somalia oder dem Jemen stammten. Die Regierung hätte sich der Missachtung des Gerichtes schuldig gemacht, weil Bundesbehörden bereits vor dem Urteil der Richterin Forrest (des District Court) US-Bürger unter Berufung auf dieses Gesetz eingesperrt hatten. Als Richterin Forrest die Anwälte der Regierung danach fragte, ob das Gesetz bereits Anwendung fände, verweigerten sie die Antwort und bestärkten damit unseren Verdacht, dass dem so war.

Im Juli 2013 hat der U.S. Court of Appeals for the 2nd Circuit das Urteil der Richterin Forrest aufgehoben – mit der Begründung, ein Gericht sei nicht verpflichtet, die Verfassungsmäßigkeit der Section 1021(b)(2) (Wortlaut aufzurufen unter http://mococivilrights.wordpress.com/ndaa/mccrc-ndaaaumf-resolution/sections-1021-1022-of-ndaa/) zu überprüfen. Unter Berufung auf ein Urteil des Supreme Court im Fall Clapper gegen Amnesty International, bei dem auch ich zu den Klägern gehörte, sprach es mir das Recht ab, den NDAA-Fall vor Gericht zu bringen; Im Fall Clapper gegen Amnesty International war es um die geheime Überwachung von US-Bürgern unter (missbräuchlicher) Ausnutzung des FISA Amendments Act von 2008 (s. https://www.govtrack.us/congress/bills/110/hr6304/text) gegangen. Damals hatte der Supreme Court befunden, unser gegen die Regierung vorgebrachter Überwachungsverdacht sei reine "Spekulation". Wir hätten dem Gerichtshof Beweise dafür vorlegen müssen, dass der FISA Act tatsächlich ausgenutzt wurde, um die von uns genannten Personen zu überwachen. Der Gerichtshof wusste natürlich, dass die Regierung nicht bekannt gibt, wen sie überwacht, und er wusste auch, dass wir deshalb keine Beweise dafür vorlegen konnten. Durch die Enthüllungen Edward Snowdens, die erst nach dem zitierten Urteil des Supreme Court erfolgten, wurde aber bekannt, dass die Regierung nicht nur die von uns Benannten überwacht hat, sondern uns alle überwacht. Der U.S. Court of Appeals for the 2nd Circuit nutzte also ein klares Fehlurteil des Supreme Court, um selbst ein weiteres Fehlurteil zu fällen. Wie im Clapper-Fall, in dem es nicht gelungen sei, die Abhörtätigkeit der Regierung nachzuweisen, sei es auch in unserem Fall nicht gelungen, den Nachweis zu führen, dass auch die Kläger unbegrenzt eingesperrt werden könnten, und deshalb könnten sie nicht gegen das betreffende Gesetz klagen. Der Gerichtshof trieb ein schmutziges Spiel, in dem er sein verfassungswidriges Urteil mit einem verfassungswidrigen Urteil eines anderen Gerichtes begründete.

Durch die Abweisung unserer Klage haben die obersten US-Gerichte die Rechtsprechung von fast 150 Jahren ausgehebelt, in der wiederholt festgestellt worden war, dass das Militär keine polizeiliche Gewalt über US-Zivilisten ausüben darf. Jetzt kann jeder US-Bürger, den die Regierung beschuldigt, "Al Qaida, die Taliban oder mit ihnen verbündete Kräfte zu unterstützen" – wie es in der verschwommenen Sprache der Section 1021 (b)(2) heißt – zum Subjekt einer außergewöhnlichen Ergreifung in den USA selbst werden [s. http://www.washingtonpost.com/blogs/worldviews/wp/2013/02/05/a-staggering-map-of-the-54-countries-that-reportedly-participated-in-the-cias-rendition-program/]. Und die US-Regierung kann die Festgesetzten "bis zum Ende der Feindseligkeiten" (also so lange sie will) in Militärgefängnissen verschwinden lassen.

In ihrem 112-seitigen Urteil hatte Richterin Forrest festgestellt, dass nach dem Bestimmungen im NDAA ganze Kategorien von US-Amerikanern vom Militär festgehalten werden dürften: Muslime, Aktivisten, Mitglieder des Schwarzen Blocks [s. dazu auch http://www.truthdig.com/report/item/the_cancer_of_occupy_20120206] und jeder US-Bürger, dem unterstellt wird, mit Terroristen zu sympathisieren. Frau Forrest schrieb in ihr Urteil, die Section 1021 (b)(2) erinnere sie an das Urteil des Supreme Court im Fall Korematsu gegen die USA aus dem Jahr 1944, das die während des Zweiten Weltkriegs ohne Gerichtsverfahren erfolgte Einweisung von 110.000 Japanern in vom Militär bewachte Internierungslager für rechtens erklärte.

Zur Abweisung unserer Klage meinte Rechtsanwalt Afran: "Der Supreme Court hat eine Regelung akzeptiert, die den Respekt vor den von der Verfassung garantierten Bürgerrechten weiter erodiert, das Recht auf freie Rede einschränkt und den Willen aller US-Bürger schwächt, ihre im 1. Zusatzartikel zur US-Verfassung aufgeführten, derzeit stark bedrohten Rechte überhaupt noch wahrzunehmen (s. http://de.wikipedia.org/wiki/1._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten).

Die Ziele des Konzernkapitalismus vermischen sich zunehmend mit den Zielen des Staates. Alle politischen und wirtschaftlichen Zielvorgaben dienen nur noch der Steigerung der Konzernprofite. Die früheren Debatten zwischen verfassungstreuen Liberalen und Konservativen wurden ersetzt durch hohles, schlecht gespieltes politisches Theater. Unabhängig davon, welche Politiker gerade an der Macht sind – die Konzerne plündern die Staatskasse, begehen Steuerflucht, drücken die Löhne, korrumpieren die Gewerkschaften, zerstören die Zivilgesellschaft, umgehen die Regeln und die staatliche Aufsicht, kontrollieren die Medien und damit die öffentliche Meinung, verwickeln uns in endlose Kriege und höhlen öffentliche Institutionen und Programme wie Schulen, Wohlfahrtseinrichtungen und die Sozialversicherung aus. Und unsere gewählten Volksvertreter, die durch die legalisierte Bestechung durch die Konzerne reich geworden sind, haben nicht die Absicht, diesen fortschreitenden Zerfallsprozess aufzuhalten.

Die US-Regierung ist dabei, ihre Legitimität zu verspielen, weil sie die Rechte und Bedürfnisse der normalen Bürger ignoriert. Das ist gefährlich. Wenn die Bevölkerung spürt, dass sie bei den Staatsorganen keine Gerechtigkeit mehr finden kann, dass sich die Staatsorgane zu Feinden der Freiheit und des wirtschaftlichen Fortschritts entwickelt haben, lehnt sie sich gegen diese Organe auf. Diejenigen unter uns, die als Radikale, Idealisten oder Träumer diffamiert werden, rufen nach grundlegenden Reformen und einer friedlichen Veränderung der Verhältnisse. Aber die Konzernkapitalisten, die nicht mehr vom Staat kontrolliert werden (sondern den Staat kontrollieren) und den Willen der Bevölkerung missachten, erkennen nicht das Feuer, das sie damit legen. Die Ablehnung unserer Klage durch den Supreme Court ist ein weiterer Wegweiser auf der Straße in die Dystopie (in einen gewaltsamen Aufstand).

Der Kapitalismus und nicht die Regierung ist das eigentliche Problem. Die Fusion der Macht der Konzerne mit der Staatsmacht hat die Regierung entmachtet. Sie ist zum Schutzgeldeintreiber für die Wall Street verkommen. Es ist unser Job, uns unsere Regierung zurückzuholen, und das ist nur durch den Aufbau von Massenbewegungen möglich.

"Es ist sinnlos, 'Antifaschismus' zu predigen und gleichzeitig den Kapitalismus bewahren zu wollen," schrieb George Orwell. "Faschismus ist nur eine Entwicklungsstufe des Kapitalismus, und selbst die liberalste so genannte Demokratie ist anfällig für den Faschismus."

Die uns beherrschenden Konzernherren werden nicht aus eigenem Antrieb ihren Appetit auf Profite zügeln. Das Elend der Menschen und der tödliche Anschlag auf unser Ökosystem sind gut für das Geschäft. Diese Herren und Meister haben Gesetze erlassen, die es ihnen – für den Fall, dass wir aufstehen, womit sie rechnen – ermöglichen, uns wie eine Herde Schafe in Internierungslager zu treiben. Section 1021(b)(2) ist nur ein Mosaikstein in der installierten legalen Tyrannei, die uns unter die totale Kontrolle der Konzerne gebracht hat. Der Konzernstaat verfügt über den raffiniertesten Sicherheits- und Überwachungsapparat der Menschheitsgeschichte. Er kann die Ermordung von US-Bürgern anordnen. Er hat den Habeas Corpus Act (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Habeas_Corpus) außer Kraft gesetzt. Er benutzt geheimgehaltene Vorwürfe, um Dissidenten wie den palästinensischen Akademiker Mazen Al-Najjar [s. http://www.sptimes.com/News/112501/TampaBay/Without_warning__Al_N.shtml] wegzusperren. Er benutzt den Espionage Act (das Gesetz gegen Spionage), um die zu kriminalisieren, die den Machtmissbrauch kritisieren. [s http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/aug/06/obama-abuse-espionage-act-mccarthyism] Eine herrschende Elite, die sich die totale Macht verschafft hat, nutzt sie auch aus; das beweist die Geschichte.

(Wir haben den Artikel, der für sich selbst spricht, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat Chris Hedges selbst eingefügt. Informationen über ihn sind nachzulesen unter http://en.wikipedia.org/wiki/Chris_Hedges . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

---

truthdig
drilling beneath the headlines

The Post-Constitutional Era

Posted on May 4, 2014
By Chris Hedges

The U.S. Supreme Court decision to refuse to hear our case concerning Section 1021(b)(2) of the National Defense Authorization Act (NDAA), which permits the military to seize U.S. citizens and hold them indefinitely in military detention centers without due process, means that this provision will continue to be law. It means the nation has entered a post-constitutional era. It means that extraordinary rendition of U.S. citizens on U.S. soil by our government is legal. It means that the courts, like the legislative and executive branches of government, exclusively serve corporate power—one of the core definitions of fascism. It means that the internal mechanisms of state are so corrupted and subservient to corporate power that there is no hope of reform or protection for citizens under our most basic constitutional rights. It means that the consent of the governed—a poll by OpenCongress.com showed that this provision had a 98 percent disapproval rating—is a cruel joke. And it means that if we do not rapidly build militant mass movements to overthrow corporate ty-

ranny, including breaking the back of the two-party duopoly that is the mask of corporate power, we will lose our liberty.

“In declining to hear the case Hedges v. Obama and declining to review the NDAA, the Supreme Court has turned its back on precedent dating back to the Civil War era that holds that the military cannot police the streets of America,” said attorney Carl Mayer, who along with Bruce Afran devoted countless unpaid hours to the suit. “This is a major blow to civil liberties. It gives the green light to the military to detain people without trial or counsel in military installations, including secret installations abroad. There is little left of judicial review of presidential action during wartime.”

Afran, Mayer and I brought the case to the U.S. Southern District Court of New York in January 2012. I was later joined by co-plaintiffs Noam Chomsky, Daniel Ellsberg, journalist Alexa O’Brien, RevolutionTruth founder Tangerine Bolen, Icelandic parliamentarian Birgitta Jonsdottir and Occupy London activist Kai Wargalla.

Later in 2012 U.S. District Judge Katherine B. Forrest declared Section 1021(b)(2) unconstitutional. The Obama administration not only appealed—we expected it to appeal—but demanded that the law be immediately put back into effect until the appeal was heard. Forrest, displaying the same judicial courage she showed with her ruling, refused to do this.

The government swiftly went to the U.S. Court of Appeals for the 2nd Circuit. It asked, in the name of national security, that the court stay the district court’s injunction until the government’s appeal could be heard. The 2nd Circuit agreed. The law went back on the books. My lawyers and I surmised that this was because the administration was already using the law to detain U.S. citizens in black sites, most likely dual citizens with roots in countries such as Pakistan, Afghanistan, Somalia and Yemen. The administration would have been in contempt of court if Forrest’s ruling was allowed to stand while the federal authorities detained U.S. citizens under the statute. Government attorneys, when asked by Judge Forrest, refused to say whether or not the government was already using the law, buttressing our suspicion that it was in use.

The 2nd Circuit overturned Forrest’s ruling last July in a decision that did not force it to rule on the actual constitutionality of Section 1021(b)(2). It cited the Supreme Court ruling in Clapper v. Amnesty International, another case in which I was one of the plaintiffs, to say that I had no standing, or right, to bring the NDAA case to court. Clapper v. Amnesty International challenged the secret wiretapping of U.S. citizens under the FISA Amendments Act of 2008. The Supreme Court had ruled in Clapper that our concern about government surveillance was “speculation.” It said we were required to prove to the court that the FISA Act would be used to monitor those we interviewed. The court knew, of course, that the government does not disclose whom it is monitoring. It knew we could never offer proof. The leaks by Edward Snowden, which came out after the Supreme Court ruling, showed that the government was monitoring us all, along with those we interviewed. The 2nd Circuit used the spurious Supreme Court ruling to make its own spurious ruling. It said that because we could not show that the indefinite-detention law was about to be used against us, just as we could not prove government monitoring of our communications, we could not challenge the law. It was a dirty game of judicial avoidance on two egregious violations of the Constitution.

In refusing to hear our lawsuit the courts have overturned nearly 150 years of case law that repeatedly holds that the military has no jurisdiction over civilians. Now, a U.S. citizen charged by the government with “substantially supporting” al-Qaida, the Taliban or those in the nebulous category of “associated forces”—some of the language of Section 1021(b)(2)

—is lawfully subject to extraordinary rendition on U.S. soil. And those seized and placed in military jails can be kept there until “the end of hostilities.”

Judge Forrest, in her 112-page ruling against the section, noted that under this provision of the NDAA whole categories of Americans could be subject to seizure by the military. These might include Muslims, activists, Black Bloc members and any other Americans labeled as domestic terrorists by the state. Forrest wrote that Section 1021(b)(2) echoed the 1944 Supreme Court ruling in Korematsu v. United States, which supported the government’s use of the military to detain 110,00 Japanese-Americans in internment camps without due process during World War II.

Of the refusal to hear our lawsuit, Afran said, “The Supreme Court has left in place a statute that furthers erodes basic respect for constitutional liberties, that weakens free speech and will chill the willingness of Americans to exercise their 1st Amendment rights, already in severe decline in this country.”

The goals of corporate capitalism are increasingly indistinguishable from the goals of the state. The political and economic systems are subservient to corporate profit. Debate between conventional liberals and conservatives has been replaced by empty political theater and spectacle. Corporations, no matter which politicians are in office, loot the Treasury, escape taxation, push down wages, break unions, dismantle civil society, gut regulation and legal oversight, control information, prosecute endless war and dismantle public institutions and programs that include schools, welfare and Social Security. And elected officials, enriched through our form of legalized corporate bribery, have no intention of halting the process.

The government, by ignoring the rights and needs of ordinary citizens, is jeopardizing its legitimacy. This is dangerous. When a citizenry no longer feels that it can find justice within the organs of power, when it feels that the organs of power are the enemies of freedom and economic advancement, it makes war on those organs. Those of us who are condemned as radicals, idealists and dreamers call for basic reforms that, if enacted, will make peaceful reform possible. But corporate capitalists, now unchecked by state power and dismissive of the popular will, do not see the fires they are igniting. The Supreme Court ruling on our challenge is one more signpost on the road to dystopia.

It is capitalism, not government, that is the problem. The fusion of corporate and state power means that government is broken. It is little more than a protection racket for Wall Street. And it is our job to wrest government back. This will come only through the building of mass movements.

“It is futile to be ‘anti-Fascist’ while attempting to preserve capitalism,” George Orwell wrote. “Fascism after all is only a development of capitalism, and the mildest democracy, so-called, is liable to turn into Fascism.”

Our corporate masters will not of their own volition curb their appetite for profits. Human misery and the deadly assault on the ecosystem are good for business. These masters have set in place laws that, when we rise up—and they expect us to rise up—will permit the state to herd us like sheep into military detention camps. Section 1021(b)(2) is but one piece of the legal tyranny now in place to ensure total corporate control. The corporate state also oversees the most pervasive security and surveillance apparatus in human history. It can order the assassination of U.S. citizens. It has abolished habeas corpus. It uses secret evidence to imprison dissidents, such as the Palestinian academic Mazen Al-Najjar [s. http://www.sptimes.com/News/112501/TampaBay/Without_warning__Al_N.shtml]. It

employs the Espionage Act to criminalize those who expose abuses of power [s http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/aug/06/obama-abuse-espionage-act-mccarthyism]. A ruling elite that accrues for itself this kind of total power, history has shown, eventually uses it.

www.luftpost-kl.de
VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern